

Der Textil-Arbeiter

Verwaltung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Memeler Straße 8/9.
Verantwortlich: Amt Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag.
Telegraphische Adressen: Textilarbeiter Berlin
Verbandsstellen sind an Dito Behm 8, Berlin D 34, Memeler Str. 8/9
(Postfach 5388) zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post.
Vierteljährlich 6 Mk.

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alle!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Abnahme: Anzeigenverwaltung für die Beamten- und Gewerkschaftszeitungen, Berlin SW 11, Königgräber Straße 77
Anzeigenpreis: Die kleinste Maßnahme 10 Pf. Bei größeren Abzügen Rabatt, der nur als Kassabank zum Telegramm-Adressat: „Blitzlicht“.

Textilarbeiterschaft — Klassenkampf Erweckung und Gedenken!

1903 — Crimmitschau — 1928
Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern!

Zum 25. Male fährt sich der Tag, an dem der bedeutendste Arbeitskampf im alten fluchbeladenen kaiserlichen Deutschland von den Textilarbeitern und -arbeiterinnen Crimmitschaus ausgefochten wurde. Geführt vom Deutschen

Textilarbeiterverband, und vorbereitet in einer siebenjährigen, am 28. August 1896 einsetzenden Organisations- und Agitationsarbeit kämpfte die Textilarbeiterschaft heroisch unter großen Opfern den

Heldenkampf um den Zehnstundenarbeitstag.

Acht volle Jahre durchbrauste, einem Schlachtruf gleich, die Devise der Geknechteten und Geschundenen Crimmitschaus Gaue. In jeder Fabrik, in jeder Familie zitterte es nach:

Eine Stunde für uns! Eine Stunde für unsere Familie! Eine Stunde fürs Leben!

21 lange Wochen, — vom August 1903 bis Januar 1904, — tobte der Kampf. Ausgesperrt von einem sozialpolitisch unwissenden, zu den rückständigsten Schichten gehörenden Unternehmertum und beherrscht im Lande von einer Bande brutal-konservativer Gesetzes- und Rechtsverleger — so stand die Arbeiterschaft wie der Fels im Meer, unbeugsam und fest.

Ablehnung jedweder Anwendung von Terrorakten oder sonstiger Gesetzesverletzungen im Kampf gegen Unternehmertum und Staatsgewalt; absolute Respektierung bestehenden Rechtes und bestehender Gesetze; unbedingtes Festhalten am Boden der Geseßlichkeit; aber ebenso restlose Ausnutzung der den Arbeitern zustehenden Rechte; das war der Inhalt der proletarischen Taktik. Das war das Geheimnis proletarischen Erfolges.

Die Geseßlichkeit der Arbeiter war der Tod der korrupten Staatsgewalt und des Unternehmertums.

Die Namen der Meißner, Roscher u. a. in den sächsischen Ministerien, die Namen des adligen und nur geduldeten bürgerlichen Gefindels in den Kreis- und Amtshauptmannschaften,

die Namen der Sachwalter in den Gemeinden, sowie der Name des verächtlichen Führers der evangelischen Kirchengewalt, —

sie künden in den Handlungen ihrer Träger der heute lebenden Generation nichts als die ewige Wahrheit, brutal und absolut rücksichtsloser Ausnutzung politischer Macht durch herrschende Klassen.

Das Recht der Beherrschten, ihr Leben, ihre Existenz, wurde tausendfach zertreten.

Als Denkmäler ewiger Schande ragen die Verbrechen der damals den Staat Beherrschenden in den Annalen der Geschichte herüber in die neue Zeit und fluchbeladen demonstrieren die Schänder des sogenannten Rechtes den Wandel der Zeit.

Der Crimmitschauer Kampf war der große Entscheidungskampf um den Zehnstunden-Arbeitstag!

Der Crimmitschauer Kampf um den Zehnstunden-Arbeitstag bedeutet trotz scheinbarer Niederlage den großen Sieg der organisierten Textilarbeiter im Kampf um das letzte Ziel des Verbandes in einer gegebenen Zeitepoche. Der Crimmitschauer Kampf um den Zehnstunden-Arbeitstag schließt in sich die große Mahnung der vergehenden Generation an die lebende und schaffende, zu wahren den Geist der Einigkeit, der Toleranz, des Vertrauens und der gegenseitigen Liebe im großen Verband.

Der Kampf zeigt Weg und Taktik zum letzten Kampfesziel der Demokratie in Wirtschaft und Staat.

Arbeitsbrüder und -Schwestern!
Der Verband ruft Euch alle im großen weiten Deutschen Reich auf, die Erinnerung zu pflegen an jene Zeit zum Zwecke der Prüfung Eurer Waffen und der Stärkung Eurer Kraft.

Hie Arbeit — hie Kapital! — ist noch immer das Feldgeschrei.

Der Vorstand ruft alle Ortsverwaltungen und alle Geschäftsleitungen auf, zur großen

Gedenkfeier an Crimmitschaus Heldenkampf am 19. August in Leipzig Sendet Eure Delegationen!

Dom 19. August, vormittags 11 Uhr ab, wird, von künstlerischen Darbietungen ausgefüllt, der Riesenkampf lebendig werden. Namhafte Dichter und Künstler, wie Bruno Schönlanck, Prof. Belsen usw. schaffen Werke, welche den Kampf selbst darstellen.
Ausführlicheres Programm wird noch bekanntgegeben. Kundgebungen im Reiche werden organisiert.

Textilarbeiter Deutschlands! Hört unseren Ruf!
Am 19. August ruft die Pflicht nach Leipzig.

Im Gedenken an den großen Kampf mit seinen großen Opfern geloben wir zu sammeln die Kräfte für die großen Kämpfe der Zukunft.

Es lebe die Solidarität aller Textilarbeiter! — Es lebe die Einigkeit und der Kampf ums Leben!

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes
Hermann Jäckel, Vorsitzender

Tariffreit in der Kammgarnspinnerei Delmenhorst. (NW u. K.)

Der auf Grund der Verbindlichkeitsklärung des im Mai vorigen Jahres gefällten Schiedspruches bestehende Lohnvertrag wurde von Arbeitnehmerseite gekündigt. Gefordert wurde eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz., sowie Feststellung des Akkordzuschlages auf 20 Proz. Da die Firma Verhandlungen ablehnte, riefen die Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß Oldenburg an, der eine Verhandlung zum 29. Mai d. J. ansetzte. In der Verhandlung machte der Vertreter der Firma geltend, daß bereits ein mit dem Werkverein abgeschlossener Tarifvertrag bestehe, nach dem sämtliche Arbeiter entlohnt würden. Er unterließ es selbstverständlich hinzuzufügen, wie es kam, daß sich die Arbeiterschaft des Betriebes nach dem Werkstarif entlohnen ließ. Zum Beweis wie hoch die Löhne im Betriebe sind, verlas er eine Reihe von Effektivstundenverdiensten. Dabei passierte ihm das Malheur, einmal den Satz von 52 Pf. zu verlesen, wo nach dem bisher gültigen Tarifvertrag hätten 54 Pf. verdienen werden müssen. Der Hauptstreit drehte sich in der ganzen Verhandlung um die Frage: Ist ein Werkstarif ein gemäß der Tarifvertragsverordnung gültiger Tarifvertrag oder nicht?

Höchst sonderbar war die Entscheidung des Schlichtungsausschusses, die den Parteien empfahl, in Verhandlungen einzutreten. Sollte es trotzdem nicht zu Verhandlungen kommen, oder auch durch Verhandlung keine Einigung erfolgen, dann soll der Schlichtungsausschuß erneut angerufen werden, der dann einen Spruch fällen wird. Sollte ein Spruch entsprechend dem Antrag der Arbeitnehmer gefällt werden, könnte es nur eine Lohnerhöhung von 7 Proz. geben. Weiter führte der Vorsitzende sinngemäß etwa folgendes noch aus:

Ob jedoch überhaupt ein Spruch gefällt werden könne, der als Grundlage zur evtl. Schaffung eines Zwangstarifes in Betracht käme, sei noch eingehend zu prüfen. Zu beachten sei die Tatsache, daß die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes nach dem Werkstarif entlohnt werde und sei es deshalb fraglich, ob durch einen Schiedspruch bzw. einen neuen Zwangstarif eine Änderung geschaffen werde. Ebenso, wie bisher die Arbeiterschaft trotz des bestehenden Zwangstarifes nach dem Werkstarif entlohnt wurde und damit einverstanden war, könnte das Gleiche auch bei einem neuen Zwangstarif der Fall sein. Es sei noch keine Klarheit geschaffen, ob der Werkstarif als Tarifvertrag im Sinne der Tarifvertragsverordnung gelten könne. Wird er als Tarifvertrag anerkannt, dann kann dem Antrage der Arbeitnehmer nicht entsprochen werden, da ja dann bereits ein Vertrag besteht.

Hierzu möchten wir bemerken, daß ein gesetzwidriger Vertrag dadurch noch keine Gültigkeit erhält, daß er abgeschlossen wurde. Der Werkverein ist kein tarifvertragsfähiger Verein im Sinne des Gesetzes, da er vom Arbeitgeber gefördert und unterstützt wird und sich somit in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber befindet. Als Beweis führen wir an, daß bei Veranstaltungen des Werkvereins regelmäßig ein Vertreter der Betriebsleitung anwesend war, daß die Anhänger des Werkvereins während der Arbeitszeit ungehindert im Betriebe agitieren, ihre Zeitungen verbreiten und Besprechungen abhalten können, was den Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes nicht gestattet ist. Wie abhängig der Werkverein von der Firma ist, geht auch daraus hervor, daß bei Aufnahme in den Werkverein die Betreffenden eine Erklärung unterschreiben müssen, daß sie

damit einverstanden sind, daß ihnen vom Lohn pro Woche 1 Mt. bzw. 2 Mt. in Abzug gebracht und dieser Betrag dem Konto des Geschäftsführers des Werkvereins überwiesen wird.

Als Beweis, daß eine derartige Vereinigung von Arbeitnehmern nicht als tarifvertragsfähig angesehen werden kann, bringen wir nachstehenden Entscheid des Reichsarbeitsministers vom 6. März 1925:

„Ein Tarifvertrag im Sinne der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 (RWB. S. 1456) kann auf Arbeitnehmerseite nur von Vereinigungen von Arbeitnehmern abgeschlossen werden. Die Arbeiterschaft eines Betriebes ist keine Vereinigung. Nach geltendem Recht steht jedoch nichts im Wege, daß sich die Arbeitnehmer eines Betriebes zwecks Vertretung ihrer Arbeitnehmerbelange zu einer Vereinigung zusammenschließen. Eine solche Vereinigung kann, wenn sie die sonstigen Voraussetzungen dafür erfüllt, tariffähig sein. Tariffähig ist aber eine Arbeitnehmervereinigung nicht schon dann, wenn sie lediglich aus Arbeitnehmern besteht und zu ihren hauptsächlichsten Aufgaben die Regelung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zählt; vielmehr wird außerdem vorausgesetzt, daß die Vereinigung die Eigenschaften besitzt, die sie befähigt, Träger eines Tarifvertrages zu sein. Sie muß also in der Lage sein, die sich hieraus ergebenden Pflichten zu erfüllen und ihre und ihrer Mitglieder Rechte wahrzunehmen. Eine Vereinigung von Arbeitnehmern muß hierzu vor allem frei von jedem Einfluß von Arbeitgeberseite sein; sie muß nach ihrem Wesen und Verhalten die Gewähr bieten, daß sie die Belange ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnimmt.“

Ferner wollen wir nicht unterlassen, den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Oldenburg auch an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen, daß der § 2 des vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärten Schiedspruches wie folgt lautet:

§ 2. Entlohnung.

„Die jeweils gültigen Löhne werden in einer Lohnordnung festgelegt, die zwischen den Vertragsparteien besonders zu vereinbaren ist.
Die vereinbarten Löhne gelten nur für vollleistungsfähige Arbeitnehmer. Nachweislich Mindererwerbsfähige fallen nicht unter die in der Lohnordnung festgesetzten Sätze. Die Feststellung des Grades der Mindererwerbsfähigkeit obliegt der Betriebsleitung und der gesetzlichen Betriebsvertretung.“

Allein schon daraus ergibt sich, daß die Firma nicht berechtigt war, mit dem Werkverein einen Lohnvertrag abzuschließen, sondern nur mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband. Dieser Zwangstarif hat heute noch Gültigkeit, da er bis jetzt noch von keiner Seite gekündigt wurde.

Wenn die Arbeiterschaft des Betriebes die Entlohnung nach dem Werkstarif angenommen hat, dann nur unter dem brutalsten Druck, der in erster Linie dadurch ausgeübt wurde, daß man selbst bei höherer Leistung bei dem Schiedspruch Lohn den betr. Arbeiter oder die Arbeiterin weniger verdienen ließ, als diejenigen, die mit der Entlohnung nach dem Werkstarif einverstanden waren.

Will sich auch der Schlichtungsausschuß dem Druck fügen, oder will er frei bleiben in seiner Entscheidung? Im letzteren Falle kann er nur einen Schiedspruch fällen, der dem Antrag der Arbeitnehmer in weitgehendstem Maße Rechnung trägt. Nur dann wird die vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Oldenburg gemachte Ausführung, daß ein Schiedspruch bzw. ein Zwangstarifvertrag eine Änderung der bisherigen Lohnverhältnisse herbeiführen muß, einen Sinn haben.

Das gestörte Gleichgewicht.

Die Konjunktorentwicklung in Deutschland bietet ein durchaus uneinheitliches Bild. Bis zum Monat Mai hat sich die Arbeitsmarktlage zusehends gebessert. In ganz anderer Richtung bewegt sich aber der vom Konjunkturforschungsinstitut errechnete Produktionsindex. Der Index, der die Produktion 1924/1926 = 100 setzt, betrug im Januar 1928 noch 127,8 und ging bis auf 122 zurück. In diesem Rückgang scheint sich auch die Tendenz auszudrücken, die gegenwärtig unsere Konjunkturrentwicklung beherrscht. Eine Betrachtung der einzelnen Industriezweige wird ergeben, wie verschieden sich diese Entwicklung gestaltet, und weist auch auf die Ursachen hin, die für die Entwicklung maßgebend zu sein scheinen.

Zunächst ist festzustellen, daß sich der Konjunkturstillstand in den Verbrauchsgüterindustrien stärker bemerkbar macht als in den Produktionsmittelindustrien. Während z. B. in ausgesprochenen Bedarfsindustrien wie die Textil- und Lederindustrie die Arbeitslosigkeit von Herbst 1927 bis Frühjahr 1928 rasch zunahm, zeigte der Beschäftigungsgrad in den Produktionsmittelindustrien größere Widerstandsfähigkeit. Das dürfte wohl damit zusammenhängen, daß in den Produktionsmittelindustrien der Geschäftsgang gegenwärtig weniger durch Lagerbestände beeinflußt wird als in den Verbrauchsmittelindustrien. In den Verbrauchsgüterindustrien fiel der Rückgang in der Beschäftigung mit der Beendigung der Lagerauffüllung zusammen. Seitdem scheinen aber die vorhandenen Lager im Handel auch hemmend auf die Auftragserteilung auf Grund des laufenden Bedarfs zu wirken. Jedenfalls ist in vielen Branchen, insbesondere in der Textilindustrie, festzustellen, daß der Auftragsbeleg bei den Werken nur zögernd erfolgt. In den Produktionsmittelindustrien dagegen scheint infolge der begrenzten Lagerhaltung der, teilweise zwar ebenfalls verringerte, Auftragsbeleg noch weniger die Beschäftigung als zunächst den Auftragsbestand vermindert zu haben. Beachtenswert ist allerdings, daß hier trotz einer im ganzen hohen Beschäftigung die Zahl der Kurzarbeiter beträchtlich zugenommen hat. Erst Ende Mai machten sich bei den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien stärkere Rückgangsercheinungen bemerkbar, während diese bisher nur größeren Umfang in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien (Textil- und Lederindustrie) größeren Umfang angenommen hatten. So ist z. B. die Kohleenerzeugung gesunken, auch hat die Walzwerkproduktion und die Steinhohlbohrerzeugung nachgelassen; Dinge, die hinsichtlich der durch die verminderte Produktion bedingten Steigerung der Gesehungsstufen nicht als Zufallschwankungen anzusprechen sind.

Soweit die Textilindustrie, die ja hier besonders interessiert, in Frage kommt, ist folgendes festzustellen: Produktion und Auftragsbeleg bewegen sich durchaus auf abfallender Linie. Der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Index für Textilkonjunktur hat gegenwärtig den tiefsten Stand seit September 1926 erreicht. Der Auftragsbeleg der letzten drei Monate wird um ungefähr 14 Proz. geringer angegeben als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Der Rückgang erstreckt sich auf fast alle Zweige der Textilindustrie. Auch in den letzten Wochen scheint sich die Lage keineswegs günstiger gestaltet zu haben.

Hand in Hand mit den Konjunkturrückschlägen ging eine Verschärfung und Verknappung der Betriebsmittel. Der Wechselumlauf, der nach wie vor sehr groß ist, läßt darauf schließen, daß in denjenigen Kreisen der Wirt-

Goethe und die Textilindustrie

Von J. Lukas, Zürich.

I.
Nur wenigen dürfte es bekannt sein, in welcher hohen Maße Goethe mit der textilen Kunst vertraut war. Zu wiederholten Malen beschäftigt er sich in seinen Werken mit der Weberei. Er verstand sich, wie seine Mutter, sehr wohl aus Spinnen und nach seiner Angabe wurde für die Herzogin Amelia ein eigenes Spinnrad mit zwei Spulen angefertigt.

In „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ schreibt er von einer Gelegenheit, „meiner alten Viehhäuser nachzusehen und mich von der Spinnereikunst zu unterrichten“. Und an einer anderen Stelle spricht er von der Weberei als der „ältesten und herrlichsten Kunst, die den Menschen eigentlich erst vom Tiere unterscheidet“.

Es ist auch bekannt, daß Goethe als Knabe die Seidenraupenzucht persönlich ausübte und zwar als Gehilfe seines Vaters, der jene zum Berufenen betrieb. Er interessierte sich in seiner Jugend sehr für die Weberei des Johann Benjamin Rothnagel zu Frankfurt a. M. Später hielt er in der von ihm 1791 begründeten „Freiheits-Gesellschaft“, ein Verein, der den in Kunst und Wissenschaft tätigen Männern Weimars und Senas einen Mittelpunkt und die Gelegenheit zu wechselseitiger Belehrung und Anregung geben sollte, einen Vortrag „Über die verschiedenen Zweige der hiesigen Weberei“, in welchem er einschüßlich das textile Gewerbe erwähnte. Später von der Hellen veröffentlicht im „Goethe-Jahrbuch“ von 1824 die Rede des Goethe über dieses Gewerbe, welche u. a. folgende Schwermere enthält:

„Fabrikanten:
Strumpfweberei von ungefähr 1300 Stühlen, wovon 2/3 im Gange.
Sege und Färbereierzeugung zu Unenau.
Borstweberei.
Buchen-Strickerei zur rohen Verkauf.
Leinwand-Weberei.
Wollweberei.
Hemden- und weisse Seidenarbeiten.
Seide-Weberei.
Büchsen-Weberei.
Zur Weberei von bunten und marmorierten Papier, Gledbrück.
Kordüren.
Kleine Unternehmungen und Anstalten dauern nur eine Zeit, aber nicht die verdienen den Ruhm zu werden, denn nichts was nicht die ehre Gewerbe und manches folgende läßt sich ohne das Fortwährend nicht begreifen.“

Spinnstühle.
Spinnhaus.
Handwerker überhaupt.
Goethe soll auch an dem von Philipp Seidel für die Weimarer Spinnstühle entworfenen Spinnbüchlein Anteil haben.
Im „Faust“, wohl der größten Dichtung der Menschheit, gedenkt der Dichtergott wiederholt der Weberei. So läßt er zum Beispiel den mächtigen Geist, den Faust zu mitternächtlicher Stunde beschwor, sprechen:
„So schaff ich am laufenden Bestuhl der Zeit,
Und wirke der Gottheit lebendiges Kleid.“
Dann wieder gebraucht er bei der Beschreibung der Philosophie den Vergleich mit einem Webereistück:
„Jwar ist's mit der Gedankenfabrik
Wie mit einem Webereistück,
Wo ein Fritt tausend Fäden regt,
Die Schiffelein herüber, hinüber schieben,
Die Fäden ungeheben fließen,
Ein Schlag tausend Verbindungen schlägt.“

Das preisen die Schüler aller Orien,
Sind aber keine Weber geworden.“
Ganz besonders aber beschäftigte sich Goethe in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ mit der Textilindustrie und dem fleißigen Volk der Weber. Er schildert uns hier mit solcher Klarheit und Anschaulichkeit jedes kleinste Detail des Spinn- und Webprozesses, daß jedermann ein vollständiges Bild des Webereibetriebes des 18. Jahrhunderts erhält. Einem Fachmann wäre es kaum möglich, auf gleich anschauliche Weise die Operationen des Spinnens und Webens aufzuzählen. Wir erhalten durch diese trefflichen Schilderungen genaue Kenntnis von der Technik des Textilerwerbes gegen Ende des 18. Jahrhunderts.

Eine Darstellung der Verhältnisse aus der „guten alten Zeit“ erweckt an und für sich stets Interesse; ganz besonders aber dann, wenn diese Schilderung durch einen Meister, wie Goethe, erfolgt. Jeder sollte Goethes Werke vornehmen und die „Wanderjahre“ lesen. Da wir aber annehmen müssen, daß nicht jeder Leser im glücklichen Besitze von Goethes Werken ist, und zudem die Befürchtung hegen, daß sich nicht jedermann die Zeit nehmen wird, sich auf dem mühsamen und oft trockenen Wege durchzuarbeiten, auf dem die Handlung in den „Wanderjahren“ durch gegenseitiges Brieffschreiben, Ueberlegenden von Tagebüchern usw. vorwärtsschreitet, so bringen wir hier die einschlägigen Stellen zum Ausdruck. Der besseren Uebersicht halber lassen wir die einzelnen Zitate nicht in der Reihenfolge des Romans folgen, sondern fügen sie zu Abschnitten zusammen und zwar in der Weise, daß wir zuerst den Rohstoffhandel, dann das Spinnen, das Weben und hernach die Ablieferung der Ware zur Darstellung bringen.

Der Rohstoffhandel.

Den Rohstoff für die Baumwollindustrie bezog man gegen Ende des 18. Jahrhunderts aus Mazedonien und Cyprien via Triest und Genua, und zwar erfolgte der Transport mittels Saumtiere. „Des monotone Geläute betäubt die Ohren; das zu beiden Seiten weit über die Tiere hinausreichende Gepolz streift bald einen nach dem

die Fellen, und wenn das Tier, um dieses zu vermeiden, sich gegen die andere Seite zieht, so schwebt die Last über dem Abgrund, dem Zuschauer Sorge und Schwindel erregend.“

„Im Gespräch erfuhr ich von ihm (dem Eigentümer einer beträchtlichen Zahl der lasttragenden Tiere), daß dies Baumwolle sei, welche aus Mazedonien und Cyprien über Triest komme und vom Fuße des Berges auf Maultieren und Saumrossen zu diesen Höhen und weiter bis jenseits des Gebirges gebracht werde, wo Spinner und Weber in Unzahl, durch Täler und Schluchten, einen großen Betrieb gesuchter Waren ins Ausland vorbereiteten. Die Ballen waren bequemeren Ladens wegen teils anderthalb, teils drei Zentner schwer, welches letztere die volle Last eines Saumtiers ausmacht. Der Mann lobte die Qualität der auf diesem Wege ankommenen Baumwolle, verglich sie mit der von Ost- und Westindien, besonders mit der von Cayenne, als der bekanntesten.“

„Für die entfernteren Gegenden im Gebirge, woher zu Martie zu gehen für jeden einzelnen Arbeiter zu weit wäre, gibt es eine Art von untergeordnetem Handelsmann oder Sammler, welcher Garnträger genannt wird. Dieser steigt nämlich durch alle Täler und Winkel, betritt Haus für Haus, bringt den Spinnern Baumwolle in kleinen Partien, rückt dagegen Garn ein, oder kauft es, von welcher Qualität es auch sein möge, und überläßt es dann wieder mit einigem Profit im Größeren an die unterhalb anfalligen Fabrikanten.“

Der Garnbote war überall ein erwarteter und gern gesehener Gast. Er kam gewöhnlich an denselben Wochentagen und brachte nicht nur frische Baumwolle zum Verarbeiten, welche er gegen fertiges Gespinnst handelte, sondern den Kindern auch Eierbrot und Semmel, den Kranken Wundertropfen, Salze und Balsame, den Neugierigen allerlei Nachrichten und erteilte nützlichen Rat in manch schwierigen Lebensfälle.

Die Baumwolle wurde damals noch mit den Samentörnern und Kapselfchalen gehandelt und mußte erst von diesen und anderen Unreinigkeiten befreit werden, bevor sie verarbeitet werden konnte. Diese Arbeit lag zumeist den Kindern ob.

„Ich ward aufmerksam auf Kinder, welche sich sorgfältig und eifrig beschäftigten, die Flocken der Baumwolle auseinanderzupfen und die Samentörner, Splinter von den Schalen der Nüsse, nebst anderen Unreinigkeiten wegzunehmen; sie nennen es erlesen. Ich fragte, ob das nur das Geschäft der Kinder sei, erfuhr aber, daß es an Winterabenden auch von Männern und Brüdern unternommen werde.“

Mit den Samentörnern, die heute eine so große Rolle in der Feilb-, Seiden- und Kraftfutterindustrie usw. spielen, mußte man damals noch nichts anzufangen. Man empfand sie als lästig und unnütz und verwendete sie zuweilen zur Ziehung von Zierpflanzen.

„Sie zeigte mir einige Blumentöpfe, worin ich stark aufgefällige Baumwollstauden erkannte. So nähren und pflügen wir die für unser Geschäft unnützen, ja widerwärtigen Samentörner, die mit der Baumwolle einen so weiten Weg zu uns machen. Es geschieht aus Dankbarkeit, und es ist ein eigenes Vergnügen, dasjenige lebendig zu sehen, dessen abgestorbene Reste unser Dasein belebt.“

Der Vorrat des Rohstoffes wurde in luftigen Kellern aufgehoben, „damit die Baumwolle nicht zu sehr austrockne, an Gewicht verliere und weniger geschmeidig werde.“ (Fortsetzung folgt.)

Schaft, die in besonderem Grade auf den Wechselkredit angewiesen sind, also Handel und kleinere Betriebe der verarbeitenden Industrie...

Anders sind aber die Veränderungen in der Rohstoff-einfuhr zu beurteilen. Da die deutsche Wirtschaft zur Deckung ihres Rohstoffbedarfs zum größten Teil auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen ist...

Wieder einmal jongliert man in der Öffentlichkeit mit dem alten Märchen, daß eine Angleichung der Nominallohne an die Preissteigerungen wiederum zu einer Preissteigerung führen müsse...

Hohe Getreidepreise, verteuerte Lebenshaltung - Die Folge der Schutzollpolitik des Bürgerblocks!

Die Preise für Roggen und die Hauptbrotrucht, den Weizen, haben sich in den letzten Jahren an den deutschen Börsen stark nach oben entwickelt...



Ausgang des Wahlergebnisses: Schlag mit der die Lebenshaltung verteuerten Politik des Bürgerblocks.

Table with 4 columns: Year (1925, 1926, 1927, 1928) and rows for Weizen (New-York), Weizen (Berlin), and Roggen (Berlin), showing prices in various units.

Zwar keinen absoluten, aber einen vergleichenden Wert haben Prozentzahlen, die man dadurch erlangt, daß man für Weizen die New Yorker Kennzahlen und die Berliner Kennzahlen Anfang 1925 und 1928 gegenüberstellt...

untrügliche Beweis, in wie schlimmem Maße dem arbeitenden Mann durch die in Deutschland betriebene Agrarpolitik...

Anfang 1925 steht in New York der Preis für Weizen sehr hoch, so daß entsprechend der Notierung Mitte Januar 1925 für 54,4 Pfund Weizen 8,95 Mt. zu zahlen sind...

In einer solchen Entwicklung kommt das ganze Trauerspiel der deutschen Hochschulpolitik zum Ausdruck...

Die Gegenüberstellung der Preisentwicklungen für Brotgetreide in New York und Berlin zeigt aber auch ferner, wie unberechtigt die von den großlandwirtschaftlichen Interessen künstlich erzeugten Bauerndemonstrationen...

Der jetzt bestehende Zollsatz wirkt in derart scharfer Weise preiserhöhend, daß nicht einmal vorhandene größere Warenangebote den Preis zu senken vermögen...

Das Industrieland Deutschland wird gegenüber der günstigen Produktionsbedingungen für Körnerfrüchte, wie sie in Rußland, Rumänien und verschiedenen anderen Kleinstaaten...

Weiteres.

Jetzt ist es heraus! Nach der neuesten Statistik soll Deutschland sechs Millionen Frauen mehr haben als Männer!

Preisfrage. In einer Weinstube warf jemand die Frage auf: Welcher Unterschied ist zwischen den trauernden Juden zu Babylon und den Weinhändlern?

Zum Licht empor mit klarem Blick, ein Vorwärts stets, nie ein Zurück, ein frohes Hoffen, kühnes Streben und schnelles Handeln auch daneben...

Der Kämpfe waffne sich, eh' er zum Kampfe geht; es ist zu spät, wann er in Feindes Mitten steht...

Politische Wochenschau.

Vor der Neubildung der Regierung. — Kein Programm, aber Taten. — Liberale Verschmelzungsbestrebungen. — Der Prozeß gegen die Staatsanwälte. — Die Entwicklung in China.

Die Frage der Neubildung der Regierung im Reich ist nunmehr in schnellerem Fluß gekommen. Die Wahlen vom 20. Mai haben den eindeutigen Beweis dafür erbracht, daß das deutsche Volk eine gründliche Aenderung des politischen Kurses will.

Liberalismus in Deutschland größere Bedeutung erlangen wird, ist nicht zu erwarten. Das deutsche Bürgertum ist in seiner großen Mehrheit reaktionär gestimmt und deutschnational verfunken.

Vor dem Kammergericht ist jetzt das Disziplinarverfahren gegen die früheren Staatsanwaltsassessoren Dr. Ruffmann und Caspari, sowie den Staatsanwaltsrat Belker durchgeführt worden.

Es dürfte wenig Zweifel haben, ein genau formuliertes Programm für die Tätigkeit der neuen Regierung aufzustellen. Nach ihren Taten muß sie beurteilt werden.

Die chinesischen Südarmeen sind in Peking, der Hauptstadt des Landes, eingezogen, der bisherige Herrscher in Nordchina, der Marschall Tschangtsolin, ist nach der Mandchurie geflohen.

Seit dem für Demokraten und Deutsche Volkspartei so ungünstigen Ausfall der Wahlen sind bei diesen Parteien Bestrebungen zur Schaffung einer festen Arbeitsgemeinschaft im Gange.

Berichte aus Fachreisen.

Elgersweiler bei Offenburg. Arbeiterlos. Beinahe täglich kann man beim Lesen gewisser bürgerlicher Zeitungen einen oder mehrere Artikel finden mit der Spitze gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Literatur.

Borwegen, nicht abtreiben. Von Luise Otto. 48 Seiten, 24. bis 36. Tausend, 60 Pf. Buchhandlung Volkstimme, Magdeburg.

Geschäftsführergesuch.

Für die Geschäftsstelle Köln a. Rh. wird an Stelle des verstorbenen Kollegen Schmidt ein neuer Geschäftsführer zum sofortigen Antritt gesucht.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 17. Juni 1928, ist der Beirat für die 24. Woche fällig

Auf Antrag der Ortsverwaltung M.-Gladbach beschloß der Hauptvorstand in der engeren Sitzung vom 6. Juni 1928 den Ausschluß des Mitgliedes Anton Busch.

Größte Produktion der Welt! OPEL

Arbeitsrechtliches.

Das Verlassen des Fabrikgrundstückes während der Pause kann der Arbeitgeber nicht verbieten.

In diesem Sinne entschied das Arbeitsgericht in Harburg durch Urteil vom 6. März 1928 unter Aktenzeichen 2 A. C. 23/1928.

beginnt bis zum Schichtschluß" ausdrücklich in der Arbeitsordnung festgelegt sei. Mithin sei sie berechtigt, der Belegschaft während der Pause Verhaltensvorschriften aufzuerlegen.

Kindererholung tut not!

Wo es nur irgend möglich ist, fördert sie.

Es kommt jetzt wieder die Zeit der Kinderwanderungen und Kindererholungen. Für viele Arbeitermütter bedeutet das lange Trennen vom Kleinkind, und vorher, vermehrtes Sorgen um sein geistliches Wohl. Denn Wanderungen und Kuren sind immer mit reichlichen Geldkosten verknüpft, auch wenn aus Wohlfahrtsmitteln Zuschüsse und Beihilfen gewährt werden.

In den letzten Jahren zeigt sich nun darin ein kleiner Wechsel. Wanderziele und Kurorte werden immer mehr in die Nähe der Heimat verlegt. Sparfameitsrücksichten und gemachte Erfahrungen begünstigen diese Entwicklung. Obwohl viele Mütter damit an sich unverständlich sind, begreifen sie dennoch geheime Befürchtungen, daß es Verbleiben der Kinder in nächster Nähe des Wohnortes gesundheitlich wenig Vorteile bringt. Ist nicht deshalb gemeint, wenn es nicht weiter fort ist, dann hat es ja gar keinen Zweck, eine Kur zu unternehmen, denn was hier geboten wird, können wir unseren Kindern noch nach Feiertagen oder wenigstens alle Sonntage bieten.

Schwester Lydia Ruehländ, Dessau, legt im Nachfolgenden dar, wie richtig solches Denken ist. Wir lassen sie als die Erfahrenere sprechen, um etwa vorhandene abwegige Gedanken von Textilarbeitermüttern und Vätern zu korrigieren. Zugleich sollen die Darlegungen für alle Kollegen und Kolleginnen Hinweis und Mahnung sein, die in Gemeinderäten, Wohlfahrtsausschüssen, Krankenkassenausschüssen ufm. über Einrichtung und Ausbau von Kindererholungsmaßnahmen zu handeln haben.

Das Arbeiterinnensekretariat.

Örtliche Erholungsfürsorge.

Von Schwester Lydia Ruehländ, Dessau.

Das Problem der örtlichen Erholungsfürsorge ist immer mehr zu einem der wichtigsten innerhalb der Wohlfahrtsfürsorge geworden. Es werden größere Anforderungen in gesundheitlicher, erzieherischer und technischer Hinsicht gestellt, als dies früher der Fall war. Auf der anderen Seite ist es den Wohlfahrtsämtern heute nicht mehr möglich, den Mobus einer oft „luxuriös betriebenen Verschönerung“, wie Dr. Duran, Jena es nennt, weiter zu verfolgen, wegen Mangel an Mitteln. Eingehendere Versuche namhafter Ärzte haben ergeben, daß mit rationellen und einfachen Kurmaßnahmen recht gute Erfolge erzielt worden sind, ohne daß die betreffenden Kinder vermisslich wurden. Durch eine planvolle örtliche Fürsorge unter gutausgebildeten Fürsorgekräften und tüchtigen Fürsorgeärzten unter Berücksichtigung günstiger Beeinflussung der häuslichen Umgebung durch nachgehende Fürsorge hat sich nachgewiesenermaßen mit relativ wenig Mitteln und einfachen Einrichtungen viel gutes erreichen lassen.

Wenn auch die bei der örtlichen Erholungsfürsorge durchzuführenden Einzelmaßnahmen noch strittig und auch lokal verschieden sind, wenn man um eine möglichst glückliche Form dieses Fürsorgezweiges noch ringt, so wird die örtliche Erholungsfürsorge zweifellos in den nächsten Jahren immer mehr in den Vordergrund treten, so daß nur noch ausgesprochene Gesundheitsfürsorge für Verschickung in Frage kommen werden. Dies auszuspoken ist Pflicht, auch auf die Gefahr hin, unpopulär oder als unsozial gestempelt zu werden. Die bisherige starke Belastung der Wohlfahrtsämter zwingt zu bitterem Mut.

Beachtlich sind hier die von dem bekannten Kinderarzt Geh. Medizinrat Prof. Dr. Schloßmann-Düsseldorf, einem der erfolgreichsten Vorkämpfer der Erholungsfürsorge vorgelegten Leitfäden, aus denen einige besonders interessieren:

„Die einzige Form der Fürsorge, die für die ausreichende Versorgung der Erholungsbefürchtigen Kinder in Betracht kommt, ist die örtliche Erholungsfürsorge. Darunter verstehen wir eine über Tag und Nacht sich erstreckende Unterbringung der Kinder in der Nähe des Wohnortes, die im allgemeinen nicht über 10 Kilometer betragen soll. Man wird mit Vorteil mit Hallen auskommen,

die an einer Seite offen sind. Unbedingt muß die Möglichkeit gegeben sein, die Kinder sowohl der Sonne auszusetzen, wie sie im Schatten halten zu können. Ein genügend großes Planschbecken muß Gelegenheit zum Planschen geben.

Die Verpflegung der Kinder in Kurorten, an die See oder ins Gebirge, ist im allgemeinen zu widerraten, weil die vermehrten Kosten die Zahl derer herabdrücken, die der Fürsorge ebenfalls bedürfen, sie aber nicht erhalten können. Nur ganz selten und bei bestimmten Krankheiten gewährt der Aufenthalt in der Ferne und in besonders begünstigtem Klima einen wirklichen Vorteil vor der örtlichen Gesundheitsfürsorge. Aber Unterernährung, Blutmangel, Rachitis, auch tuberkulöse Affektionen helfen bei uns nicht wesentlich langamer und nicht wesentlich unsicherer aus als in den sogenannten Kurorten. Sonne, Luft und Wasser sind an und für sich genügende Heilfaktoren. Die bisher für das Entsenden der Kinder in die Ferne verwandten Mittel sind in erster Linie der örtlichen Erholungsfürsorge zuzuführen. Diese ist billiger, leistet dasselbe und mehr und stärkt in der Jugend Liebe zur engeren Heimat und das Gefühl der Bodenständigkeit.“

Soweit Prof. Schloßmann. In ähnlicher Weise werden für eine sparsame und planvolle örtliche Erholungsfürsorge auch eine Reihe anderer größerer Jugendorganisationen. Die Hauptsache bei diesen örtlichen Einrichtungen ist ein gut ausgebildeter Staff von Kräften, die sich aus erzieherisch und gesundheitspfegegerisch ausgebildeten Persönlichkeiten zusammensetzen müssen. Der Ausbildung einer systematischen Jungengymnastik ist Aufmerksamkeit zu schenken. Größere Spaziergänge führen zu Ueberanstrengung und Uebermüdung, wie vielfach beobachtet wird. Der Konstitution jedes einzelnen Kindes ist Rechnung zu tragen.

Unter diesen Gesichtspunkten arbeitet das staatliche Kindererholungsheim Dessau-Großschönau. Wenn unsere Kinder nach vierwöchigem Aufenthalt hier entlassen werden, so wird niemand glauben wollen, daß die aus der Umgebung Dessaus kommenden Kinder in Dessau waren. Schwarzgebrannt wie Mulatten, frische runde Gesichter, blanke Augen geben Kunde davon, daß das Gute oft recht nahe liegt, es muß nur gesucht, gefunden und richtig angewandt werden. Auf besondere Gemächlichkeiten legen wir absolut keinen Wert, sie gehen meist sehr schnell wieder zurück, wenn die Kinder erst wieder zu Hause sind. Was ihnen aber verbleibt, das ist die Zunahme des Brustumfanges und der Erwerb einer kräftigeren Konstitution, die sie besser durch den Winter und wieder heraus bringt. Durch verständnisvolle Erzieherinnen wird ihnen einige Wochen hindurch ein Stück Kinderstube gegeben, was noch lange in ihnen nachwirkt. Unserer guten Erfolge schreiben wir auf das Konto der Lichtluftbadpflege, die Kinder gehen den größten Teil ihrer Tage nackt, nur mit Badehose bekleidet und barfuß. Sie werden an Ordnung, Sauberkeit und an eine geregelte Nahrungsaufnahme gewöhnt und es wird durch die ganze Umgebung ein günstiger Einfluß auf diese Kinder und rückwirkend — auch auf die Eltern — ausgeübt. Wenn unser Heim weiter nichts leistete, als einige hundert Kinder alljährlich für ein paar Wochen zur Erholung aufzunehmen, so wäre es im Verhältnis zu den hohen Kosten, die der Betrieb verursacht, verfehlt. So ist die Lichtluftbadpflege — die Kinder kommen tagsüber überhaupt nicht ins Haus — unser stärkster Heilfaktor.

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu ergreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichem Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Wort auch ihr Bewußtsein sich ändert?

Mary und Engels, Kommunistisches Manifest.

Nach dem 20. Mai!

Wochen vor den politischen Wahlen in Deutschland wurde viel und eindringlich auf die Frau als Wählerin eingewirkt. Wort und Bild wurden mannigfach gebraucht, um darzutun, welche ungeheure Verantwortung und Bedeutung der weiblichen Stimmabgabe zukommt. Namentlich die Rechtsparteien glaubten dieses immer wieder hervorheben zu müssen. Sie verkügelten sich dabei nicht nur zu lägenhaften Behauptungen: Sie benutzten auch Bilder, die in ihrer Symbolik zur Politik jener Parteien gerade so paßten wie die Faust auf's Auge, so daß ein geradezu widerwärtiger Stimmfang zutage trat.

Der Wahltag hat nun erwiesen, inwieweit jenes Wuhlen um Stimmen Erfolg hatte. Die einzige Arbeiterpartei — die Sozialdemokratie — gewann beinahe 2 Millionen Stimmen und damit 21 Abgeordnetensitze im Reichstag. Ohne Zweifel sind in dieser Zunahme viele Frauenstimmen mit enthalten. Dieses Wahlbekenntnis der Frauen ist Ausdruck für die wachsende politische Einsicht der Frauen, es ist also auch Mittel gewesen, die aktive Beteiligung der Frauen bei Erledigung der politischen Aufgaben zu mehren.

Unter den 152 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten befinden sich 20 Frauen. Unter 136 Sozialdemokraten im Preussischen Landtag sind 19 weibliche Abgeordnete.

Das ist um so mehr hervorzuheben, weil bei allen übrigen Fraktionen von Bedeutung im Reichstag die Zahl der weiblichen Mitglieder zurückgegangen ist. So stehen dort den 325 männlichen Abgeordneten nur ganze 13 weibliche gegenüber.

Einige Fraktionen sehen in ihrer Zusammensetzung nach den vorliegenden Berichten so aus:

	Männer	Frauen
Deutschnationale	71	2
Volkspartei	42	2
Zentrum	59	3
Bayer. Volkspartei	15	1
Kommunisten	51	3

Bei den Kommunisten zeigt sich auch hier, daß Versprechen und Wahrnehmen auseinander ist.

Die von ihnen anerkannte Gleichberechtigung der Frau drückt sich durchaus nicht in der Zahl ihrer weiblichen Reichstagsabgeordneten aus.

Allerdings in dieser Beziehung bleibt überhaupt noch viel zu wünschen übrig, zum Teil auch bei den Sozialdemokraten. Der hohe Prozentsatz weiblicher Abgeordneter verteilt sich nicht gleichmäßig auf sämtliche Wahlkreise. Es gibt immer noch eine Anzahl, die bei erheblicher Stimmzahl für die Sozialdemokratie dennoch keine weibliche Abgeordnete zählen.

Auch was den Beruf der weiblichen Abgeordneten anbelangt, bleiben Wünsche offen. Nach Wele Schreiber entstammen im Reichstag zwölf, im preussischen Abgeordnetenhaus allein sechzehn weibliche Abgeordnete dem Lehrberuf. Zweifelsohne bringt die erzieherisch vorgebildete oder erzieherisch berufstätige Frau vieles mit, was der Arbeit im Parlament förderlich sein kann. Immerhin dürften daneben aber eine ganze Reihe Aufgaben seitens der Frauen nicht sachkundige Bearbeitung finden, weil eben der eigene Erfahrungskreis hierfür nicht qualifiziert.

Die Forderung: Mehr Einfluß in den politischen Körperschaften muß daher für die Frauen gleichbedeutend sein mit dem Verlangen: allen politisch interessierten Frauenschichten aktive politische Beteiligung zu sichern.

Zur Verwirklichung jener Forderungen kann es aber nur kommen, wenn die hoffentlich nicht zu kurze Ruhepause bis zu den nächsten Wahlen von den Frauen in steter politischer Anteilnahme verbracht wird.

Der Balbanus und seine Streiche

Roman von D. Wöhrl.

Herausgegeben und zu beziehen durch: Der Buchkreis G. m. b. H., Berlin, Belle-Alliance-Platz. (4. Fortsetzung.)

In den Ferien hatten wir vor dem Dorfe richtige Zelte aus altem Seid- und Wadstoff aufgeschlagen und lieferten den Schuljungen der Nachbarorte regelrechte Schlachten, die stets mit Böchern im Kopf und zerfetzten Kleidern endeten. Wenn wir an der Sandgrube oder am Hüniger Kapelle versammelt waren, bewaffnet bis an die Zähne, kamen wir uns vor wie die alten Eidgenossen auf ihren Kriegszügen. Mit Steinwürfern, Holzkeulen, dünnen Eisenstangen gingen in den Kampf. Hart auf hart. Mit dem Gehrülle homerischer Helden. Gewöhnlich gewann diejenige Partei, die ihren Schlachtruf am lautesten und durchdringendsten erschallen lassen konnte. Darum war ich bei meiner so angesehen.

Selten verging ein Tag, ohne daß der eine oder andere von uns wie eine gehobene Rahe zugerichtet nach Hause kam. Als einmal einer der Hüniger — das waren die gefährlichsten im ganzen Kanton — einem von uns mit einem Revolver die Wade durchschloß, gab's eine Anzeige, da kam die Polizei und machte der Herrlichkeit ein Ende. Jetzt konnten wir nichts anderes mehr tun, um unserem Latendrang die Zügel schießen zu lassen, als nach im Wäldchen herumzuplatschen und nach Gründlingen oder Stüchlingen zu suchen. Oder wir gingen an den Hundsbach hinaus und leiteten ab in die Bauernwiesen, was heilloser Krach schickte, wenn der Bauernwart dahinterkam. Freilich befriedigten solche Vapereien ein echtes Bubenzhug nicht dauernd, daher tat ich später mit einigen entschlossenen Gefellen den „Bräiehund“ auf, eine Wildweibbande, die hauptsächlich auf die Obstgärten am Bahndamm abgehoben hatte und die in den meisten Fällen ihre schwarzen Absichten auch erreichte. Als das Obstklauen Klappe, ohne daß sofortige Prügel das Nachspiel waren, wurden wir frecher. Wir schlugen aus den Blei-Flügelchen, die wir in den Schießbuden auf dem Kilbeplatz sammelten, keine runden Plättchen, die wir genau so schwer machten wie Zehnjahrespatente, und rüberten mit diesem Gelderlös den Stollwerk-Automaten vor der Apotheke aus. Doch mußten wir bald damit aufhören, weil die Sache in die Zeitung kam. Und von da ab in das Handgelenk der Väter ist nicht mehr weit!

Weniger Glück hatten wir mit der Schwurpfeife, die nach jedem

Streifzug geraucht wurde. Das Ende war meistens ein Stoßgebet zum heiligen Ulrich. Aber bei unseren Unternehmungen fand sich ein Verräter, der unsere Geheimnisse preisgab und mich als den Rädelsführer des „Bräiehunds“ bezeichnete. Die Sühne folgte, als die Schule wieder anging. Schläge in der Güte und Anzahl habe ich in meinem ganzen Leben nie wieder bekommen.

Gegen mein vierzehntes Jahr kam ich in wunderliche Stimmungen. Wenn ich auf der Straße Mädchen in meinem Alter begegnete, wurde ich rot wie Kirschnohn und traute sie gar nicht anzusehen. So oft ich mich vornehm, einer ganz led ins Gesicht zu gucken, so brachte ich doch nie fertig. Im letzten Moment, wenn eine vorbeiging, rannte ich weg über die Straße hinüber oder ich drückte mich in den nächsten Hausgang hinein. Daheim war ich zänkisch und mürrig wie eine verschrumpte Jungfer. Ich lehnte mich gegen alles auf und gab freche, unverstämte Antworten. Selbst der alten Großmutter, die getäuschelt auf ihrem Schragen lag, und die mir früher immer so schöne Geschichten erzählt hatte, ließ ich keine Ruhe. Sie hatte das Leben satt und feuigte ständig, sie wäre froh, wenn sie alles überstanden hätte und einmal droben im Himmel sei. Meine Antwort war dann, sie solle ja nicht vergessen, mir von da aus eine Depesche zu schicken.

Der Vater schenkte mir zum Geburtstag eine Geige und ich mußte beim kleinen Henner, einem Lehrer an der Volksschule, Violinstunden nehmen. Der Henner war in allem, was das Leben anging, ein freundlicher Kerl, doch bei falschen Tönen wurde er faugroh und gebrauchte Ausdrücke, gegen die das verächtliche Kapuzinerdeutsch höflich war. Ich hatte einen heillofen Respekt vor ihm, und um keine Umschnaureien zu beziehen, übte ich zu Hause abends oft stundenlang. Der Erfolg war handgreiflich, was in der Nachbarhaft noch halbwegs gute Ohren hatte, rührte sich und regelmäßig flogen ein paar rechtgezielte Klaffsteine durchs Fenster, die mich zur Vernunft und meine Krachbelle zum Schweigen bringen sollten. Was aber nicht gelang. Ich ließ es mich nicht verderben und schmickte nach wie vor jeden Tag genügend Kolophonium auf den Bogen. Nach einigen Wochen war ich endlich so weit, daß der kleine Henner die Warte aus den Ohren tat und grunzte. Schon die Tafache, daß er nicht mehr schimpfte, war eine große Anerkennung.

Um diese Zeit verlängerte der Vater seine Abendkloppern im „Schwanen“ über Gebühr. Einmal kam er mit einem zernüchelten Glanz im Gesicht heim, ließ mich unter die Werttattur setzen und

ein Gedicht auflesen. Als ich damit fertig war, klatschte er in die Hände und meinte: „Bravo, das hast du gut gemacht, ich hab zwar das Französisch nicht recht verstanden, aber zu einem Bechnorger bist du, scheint's doch zu schade!“ Nach einer Weile sagte er: „Was willst du eigentlich werden, wenn du aus der Schule drauhen bist? Hast du Lust zu etwas Studiertem?“ Ich konnte ihm keinen Bescheid geben, denn daran hatte ich überhaupt noch nicht gedacht, daß ich einmal aufhören könnte, ein Kind zu sein, und daß ich dann einen Beruf wählen müsse. Da fragte er mich, ob ich Lehrer werden wollte. Ich erschrak vor dem Wort Lehrer; denn dazu hatte ich gar keinen Fidos, den ganzen Tag hinter einem stinkigen Pult zu stehen und den Sundgaubenen etwas in den Kohlschädel zu pflanzen oder, wenn sie nichts konnten, ihnen die versessenen Hohen zu spannen. Aber da kam die Mutter, die in der Ecke gestanden und wie ein Lüg auf unsere Rederei gehört hatte und malte mir aus, wie schön ich's hätte, wenn ich mal auf einem Bauernhof drauhen Provisor wäre. Da sei ich ein geachteter Mann, der seine Nase genau so hoch tragen könne wie der Herr Bürgermeister oder gar wie der Gendarmer; denn da gehörte ich dann auch zu den Dorfherrgöttern und würde angestaut, als ob ich aus einem besseren Stoff gemacht wäre, als nur aus ganz gewöhnlichem Menschenfleisch. Ein schönes Leben würde ich führen, ein ungefordertes. Sie zählte mir die Schinken, Eier, Würste und Kuchen auf, die mir ins Haus gebracht würden. Da würde mir der Anker im Hafen nie ausgehen, und das Saußmalz auch nicht; und wenn ich einmal Lust hätte, mich auf Freiersfüße zu stellen, so könne ich getrocknet in jede gute Stube hinein und auch dem schicktesten Mädchen unter die Halskrause setzen. Da, die Mutter wurde so vereifert in ihre Erzählung, daß sie mir schon meine Heirat mit dem reichsten und dicksten Bauernmädel ausmalte. Da würden alle zum Fest kommen, die ganze Verwandtschaft von Vaters Seite und von ihrer Seite, und da sollten alle sehen, daß man sich nicht lumpen lasse. Wein müßte her und Fleischiges und Gebäckenes und Gesottenes, daß sich die Tische bogen. Und die Gäste dürften sich so viel in den Wanst stecken, daß die geehrte Schwarte krache. Und drei volle Tage sollte die Herrlichkeit dauern oder, falls das Geld lange, noch viel länger! Ich war so bestürzt von dem Gesprudel der Schilderung, von diesen prallen und nahrhaften Perspektiven, daß ich kein Wort hergab und stumm zur Stube hinausging. Mein Schweigen wurde als Zustimmung aufgefaßt. Es war somit ausgemacht: ich sollte Lehrer werden.

(Fortsetzung folgt.)

12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 4. Juni trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus zu seiner 12. Tagung zusammen. Der Bundesvorsitzende Leipart erstattete zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er leitete seinen Bericht ein mit eingehenden Darlegungen über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffene politische Lage. Die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Stimmen gebracht, der sie zu der weitaus stärksten politischen Partei im Reich und in Preußen gemacht hat. Ohne sie ist die Bildung der neuen Regierung im Reich nicht möglich. In Preußen ist die Regierung Braun als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Die Sozialdemokratie wird sich der großen Aufgabe, die ihr durch die Wahlen zugewiesen worden ist, nicht entziehen können. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung in der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß starker Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird.

Aus seinen weiteren Mitteilungen seien im übrigen folgende Punkte hervorgehoben: Die nächste Tagung des Bundesauschusses soll, wie bereits in Aussicht genommen, in Köln stattfinden, und zwar am 29. Juni d. J. Die Tagung soll zugleich den Bundesvertretern Gelegenheit geben, die Presse und insbesondere die eigene Auslieferung der Gewerkschaften und der Partei zu befechtigen.

Es ist geplant, eine Konferenz der den Gewerkschaften nahestehenden Gewerbeaufsichtsbeamten einzuberufen, wie schon bisher ähnliche Konferenzen für Baukontrolleure abgehalten worden sind.

Die Grundsteinlegung der neuen Bundeschule soll entsprechend der großen Bedeutung der Schule für das gesamte Bildungswesen der Gewerkschaften feierlich gestaltet werden. Die Gewerkschaftsjugend wird an der feierlichen Veranstaltung mitwirken.

Im Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes spricht Leipart über die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, der Anfang September d. J. in Hamburg stattfinden wird. Leipart sprach zunächst über das Hauptthema des Kongresses, das sich aus den Beratungen des Breslauer Kongresses ergibt: Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Zur Klarstellung des Begriffs, zur Unterjudung der konkreten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, ist seit nahezu Jahresfrist eine besondere Kommission tätig, deren Arbeiten vor dem Abschluß stehen und im Bundesauschuß in einer späteren Sitzung vor dem Kongress zur Diskussion gestellt werden sollen.

Als zweites Thema des Kongresses schlägt der Bundesvorstand ein Referat über Bildungsaufgaben der Gewerkschaften vor.

Als drittes Thema ist vorgegeben die Behandlung der zahlreichen Fragen, die mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung in Zusammenhang stehen, Fragen, mit denen sich die Gewerkschaften auf ihren Tagungen schon wiederholt beschäftigt haben.

Nach kurzer Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung einstimmig angenommen.

Zu dem Punkt der Tagesordnung: „Die Prozessvertretung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten“ sprach der Sekretär des Bundesvorstandes Kollege Schulte. Die den Gewerkschaften übertragene kollektive Vertretungsbefugnis vor den Arbeitsgerichten zwingt zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. Die Gewerkschaften haben sich für eine großzügige Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke, d. h. für nicht zu kleine Bezirke, eingesetzt. Das hat eine starke Konzentration der Streitfälle bei diesen Gerichten zur Folge. Die am Streitfall beteiligten Arbeiter, insbesondere die außerhalb des Sitzes des Gerichts wohnenden, haben häufig nicht die Möglichkeit, ihr Interesse an der Prozessführung selber wahrzunehmen. Diese Entwicklung führt zu dem Ergebnis, daß die Bereitstellung geeigneter Prozessvertreter der Gewerkschaften an den Hauptorten der Arbeitsgerichte und eine Konzentration der Prozessvertretung in der Hand dieses Beauftragten der Gewerkschaften notwendig wird. Die kleinen örtlichen Arbeitersekretariate können die täglich stärker werdende Aufgabe nicht bewältigen; ihre Mittel und Kräfte sind zu gering. Bleibt die Aufgabe bei den einzelnen Verbänden, dann erscheint häufig eine größere Zahl von Vertretern verschiedener Verbände gleichzeitig beim Gericht, von denen jeder die gleiche Reise zum Gerichtsort zurücklegen muß. Das kann vermieden werden durch die Schaffung besonderer Prozessvertretungen für größere Bezirke durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Zahlreiche Einzelfälle, die sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes täglich zurtragen, zeigen, wie unwirtschaftlich das jetzt gebräuchliche Verfahren der Prozessvertretung ist. Selbstverständlich ist, daß wichtige, vor allen Dingen grundsätzliche Tarifauslegungsfreistreitigkeiten von den Beauftragten der interessierten Verbände selbst vertreten werden müssen; aber diese Streitigkeiten bilden nicht die Mehrzahl der Streitfälle. Beobachtungen, die gemacht werden können, lassen den Schluß zu, daß die Vertretung der Arbeitgeberinteressen bei den Arbeitsgerichten durch die Arbeitgeberverbände bereits strikter organisiert ist als bei den Gewerkschaften. Je strenger wir die Prozessvertretung für die Arbeiter in wenigen Händen konzentrieren, um so größer ist auch die Gewähr, daß wir Spezialisten heranzüchten und zur Verfügung stellen, in deren Obhut die Interessen kluger Arbeiter wohlwahrt sind. Außerdem sind viele Gewerkschaftsangehörige Arbeitsrichter. Es führt aber zu unangenehmen Erscheinungen, wenn diese Persönlichkeiten zugleich Prozessbevollmächtigte sind und einmal in dieser und ein andermal in jener Eigenschaft auftreten. Hinzu kommt die Vertretung der Interessen der Erwerbslosen aus dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den hierfür zuständigen Spruchinstanzen. Auch diese Vertretung kann am ehesten in einer zentralisierten Organisation der Interessenswahrung, auch sie muß durch Spezialisten erfolgen.

Am zweiten Tag der Bundesausschusssitzung, am 5. Juni, wandten sich die Beratungen der Frage des Bundesbeitrags zu. Der Bundessekretär Rabe begründete die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge.

Die Erörterung über die Vereinheitlichung der Prozessvertretung wurde in die Debatte über den Bundesbeitrag einbezogen, da sich durch die Verwirklichung der von Schulte bezeichneten Anregungen dem A.D.G.B. und seinen Organen eine neue Aufgabe von erheblichem Ausmaß erschließen würde. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß die Frage in absehbarer Zeit gelöst werden muß.

Zur Frage der Bundesbeiträge wird angeregt, die Lehrlinge im Bundesbeitragskreis zu lassen und dadurch die Erhöhung der Beiträge für die übrigen Mitglieder etwas auszugleichen. Ferner soll der Bundesvorstand seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Bestreben der Ortsgruppen zu den Gewerkschaftshäusern nicht übermäßig gesteigert werden. Es wird die Anregung gegeben, daß die

XII. Internationaler Textilarbeiterkongress in Gen

(Fortsetzung des Verhandlungsberichts aus Nr. 23.)

Zu dem Punkt „Arbeitszeit in der Textilindustrie“ wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution über den Achtstundentag: „Der Internationale Textilarbeiterkongress bekräftigt die Entschließung des Kongresses von Wien über den Achtstundentag und stellt fest, daß mit noch größerem Nachdruck die reifere Anwendung des Achtstundentages als Höchstarbeitszeit erstrebt werden soll.“

Er erachtet es als notwendig, sich allen Überlebenden, die in allen Ländern eine Quelle des Mißbrauchs und eine gefährliche Durchführung des Prinzips des Achtstundentags bilden, zu widersetzen.

Der Kongress erachtet die Einführung und Beibehaltung der Schichtarbeit als schädlich für die Arbeiterkraft und verpflichtet alle der Textilarbeiterkongress angeschlossenen Organisationen, schon jetzt eine Aktion einzuleiten, die dahin trachtet, in erster Linie die Schichtarbeit für Frauen und Jugendliche zu beseitigen.“

An das Internationale Arbeitsamt in Genf wurde folgendes Telegramm abgefaßt:

„Der Internationale Textilarbeiterkongress in Genf unterstützt nachdrücklich den Vorschlag des japanischen Arbeiterdelegierten zur internationalen Arbeitskonferenz, in welchem eine umfassende Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie aller Länder verlangt wird.“

Der Kongress fordert weiter die bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.“

Nachdem die Finanzkommission über die Veränderungen im Statutenentwurf berichtet hat, wird der Entwurf einstimmig angenommen.

„Die Frage der Familienzulagen“ behandelt Duchesne-Belgien. Er ist für die Familienzulagen und weist darauf hin, daß sie in Belgien schon mehrere Jahre besteht. Sie hätten im Parlament einen Antrag auf gesetzliche Regelung gestellt. Daß dieses System in Zeiten der Krise fallen müsse, habe sich nicht ergeben. Die Beiträge würden in der Weise aufgebracht, daß der Staat 60 Proz., die Unternehmer 30 Proz. und die Arbeiter 10 Proz. in die Ausgleichskasse zahlten. Die Unterstützung würde auch während des Streiks gezahlt.

Schrader-Berlin: Die Frage der Familienzulage ist in Deutschland ebenfalls umstritten. Die Angestellten und Beamten erhalten Familienzulage. Wir im Textilarbeiterverband lehnen sie grundsätzlich ab. Er verweist auf das Prämiensystem, das ähnlich wirken sollte. Wir haben dies bekämpft und beseitigt. Die Unternehmer wollen mit diesen Mitteln gelbe Gewerkschaften großziehen. Wir kämpfen dagegen an. Für gleiche Leistung fordern wir gleiche Löhne. Wir lehnen die Familienunterstützung aus dem Grunde ab, weil sie die Verheirateten mit großer Kinderzahl in die Gefahr bringt, der Arbeitslosigkeit überstürzt zu werden. Wir verlangen Erhöhung der Grundlöhne. Er empfiehlt, einen Beschluß nicht zu fassen. Für uns ist die Frage gelöst. (Beifall.)

Kollegin Riffler-Oesterreich lehnt die Familienzulage ebenfalls ab.

Bandepatte-Frankreich: Die französische Delegation ist ebenso wie die belgische der Meinung, daß der Kongress dieser Frage seine Aufmerksamkeit nicht versagen soll. In Frankreich seien die Arbeiter dafür. In Frankreich haben die Unternehmer die Familienzulagen auch nicht aus Menschensfreundlichkeit gegeben. Die Familienzulage bestehe außerhalb der Tarifregelung. Es würde damit ein sozialer Ausgleich geschaffen. Das Prinzip sollte man anerkennen.

Duchesne-Belgien: Er habe die Gegner mit allem Interesse angehört. Man hat mit Meinungen gekämpft, auf das Hauptargument habe niemand geantwortet. Er glaube, daß die Arbeiter das System in England annehmen. In allen Ländern bestehe die Arbeitslosenunterstützung, in der auch die Familienzulage bestehe. Seiner Meinung nach habe der Kongress allen Grund, der Familienzulage zuzustimmen. Er wünscht, eine Beschlußfassung darüber zu unterlassen.

Shaw schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor.

Der nächste Kongress findet in Deutschland statt. Frühwirth-Wien spricht über „Methoden der Verhandlungen mit Arbeitgeber und Betriebsräten“. Der Redner behandelt das österreichische Betriebsratsgesetz, das sich mit dem deutschen ungefähr deckt. In verschiedenen Punkten geht es zweifellos über das deutsche hinaus, indem es den Betriebsräten einen größeren Schutz gewährt. Er bespricht ferner die Schwierigkeiten, die die Unternehmer den Durchführungen des Gesetzes bereiten. Der Vortrag wird mit großem Beifall vom Kongress entgegengenommen.

Christensen-Dänemark: Zur Regelung der Streitigkeiten in den Betrieben besteht bei ihnen ein Schiedsverfahren. Der Obmann fällt, wenn keine Einigung über den Streitfall erzielt wird, einen Schiedspruch. Es ist im allgemeinen so, daß derjenige Teil, der am meisten gelogen hat, Recht bekommt. Es besteht ein obligatorisches Schiedsverfahren. In Dänemark strebt man auch danach, Betriebsräte zu bekommen.

Shaw-England: In England gibt es keinerlei gesetzliche Bestimmungen oder Methoden. Es besteht nur die eine, daß der Arbeitsminister eingreifen kann, wenn größere Arbeitskonflikte auszubrechen drohen. Bisher ist dies jedoch noch nicht eingetreten. Die Textilindustrie ist so konzentriert, daß jeder Arbeiter täglich den Sekretär aussuchen kann, um seinen Fall vorzutragen. Die Gewerkschaftsbeamten haben die Aufgabe, diese Streitigkeiten direkt mit der Fabrikleitung zu regeln. Ist dies nicht möglich, dann treten die Gewerkschaften zusammen und regeln mit den Unternehmerorganisationen den Streitfall. Es fällt keinem Unternehmer ein, den Gewerkschaftsbeamten den Zutritt zur Fabrik zu verbieten. Die Lohnfrage wird distriktweise geregelt. Redner hält diese Regelung für besser. In England gibt es keine Instanz, die eine Lohnregelung trifft, keinen Schiedspruch, die Arbeiter kann niemand zwingen. Freiheit der Vereinbarung, die Arbeiter kann nur eine starke Gewerkschaft. (Beifall.)

Schönleben-Deutschland: Uns sind die Betriebsräte sehr wertvoll, sie sind der verlängerte Arm der Gewerkschaften. Ihre Aufgaben sind sehr reichhaltig. Genannt sei: Lohnregelung, Mit-

bestimmung bei Entlassungen, Unterstützung der Gewerkschaften bei Durchführung und Ueberwachung der Tarife, Festlegung der Arbeitsläufe, Kontrolle über Wohlfahrtsvereinigungen. Besonders wichtig ist, daß die Betriebsräte Einblick in die Produktionsverhältnisse haben. (Beifall.)

Zur Betriebsrätefrage macht der Kongress folgende Feststellungen: „Der Internationale Textilarbeiterkongress hat nach ausführlicher Debatte die Berichte über die Frage der Betriebsräte an der Verhandlungsmethode mit der Unternehmerkraft mit der zur Kenntnis genommen und stellt fest, daß sich überall dort, wo das System der Betriebsräte gesetzlich verankert ist, diese Einrichtung durchaus im Interesse der Textilarbeiter bewährt hat.“

Zum Punkt „Studienreisen“ teilt S h a w mit, daß die Meinung des Generalkomitees nur in besonders dringenden Fällen Studienreisen unternommen werden sollen.

Schrader-Deutschland: Die internationale Bewegung fordert internationale Studienreisen. Der Generalkomitee dürfte deshalb noch oft damit zu beschäftigen haben.

Es wird der Vorschlag S h a w-England, der wie folgt lautet, angenommen:

„Der Kongress erklärt sich im Prinzip mit der Durchführung überseischer Studienreisen einverstanden. Er nimmt die Tatsache zur Kenntnis. Da ein Vorschlag zu einer Studienreise nicht vorliegt, verweist der Kongress die Frage an den Generalkomitee, die Frage prüfen und Beschluß fassen soll, wenn die Notwendigkeit zu einer solchen Reise vorliegt.“

Unter „Verschiedenes“ werden noch die von Turner und Arthur S h a w begründeten Anträge einstimmig angenommen. Turner führt zu Ziffer I des folgenden Antrags aus: „Blackpool habe sich ergeben, daß wenigste Lage nach dem Kongress die Menschen, die sich herzlichst voneinander verabschiedeten, in die Schützengräben gegenseitig bekämpften. Dies wäre ein trauriger Zustand gewesen. Er spricht gegen den Krieg, weil kein Mensch das Recht habe, das Leben des anderen zu vernichten. Er frage sich, daß die Bewegung gegen den Krieg in der ganzen Welt zunehme. Der Völkerverbund sei sehr unzulänglich, weil die Staatsmänner noch zu stark von dem Gedanken beherrscht werden, durch Gewalt internationale Streitigkeiten zu lösen. Von den Arbeitern könne man nicht gut verlangen, an die Echtheit der Bestimmung der Staatsmänner zu glauben, die trotz Friedenserklärungen die Aufrüstung in ihren Ländern verlangten. Die Arbeiterschaft müsse die Politik des Friedens durchsetzen. (Lebhafter Beifall.)“

S h a w begründet Ziffer II des Antrags. Er lautet:

„1. Die Internationale, die den Krieg für ein Verbrechen und seine Erfolge für schädlich hält, verpflichtet sich, die Gewerkschaften internationale in der Forderung zu unterstützen, daß alle Regierungen davon abstehen sollen, Gewaltmittel zur Regelung internationaler Differenzen zu benutzen, und daß man sich einigen soll, alle Differenzen von Bedeutung vor ein vom Völkerverbund festgesetztes Schiedsgericht zu bringen.“

2. Die Internationale unterstützt das Internationale Arbeitsamt in Genf voll und ganz und glaubt, daß dies der beste Weg zur Erzielung internationaler, industrieller Humanität ist.

Die Internationale bedauert die Gleichgültigkeit, die viele Regierungen den Beschlüssen des Internationalen Arbeitsamtes entgegenbringen, und hält es für notwendig, so vorzugehen, daß die Arbeiter aller Länder durch Gebrauch ihres Stimmrechts genügend Autorität und Macht gewinnen sollten, um Kriege, die für den Kapitalismus geführt werden, zu verhindern und den Bauern und Arbeitern Gerechtigkeit zu sichern.“

3. Der Kongress, der an eine allumfassende Internationale glaubt, dringt darauf, daß der Generalkomitee, sobald er gewählt ist, an die Textilarbeiterkongress aller Länder herantreten, die sich ihren Satzungen und denen der Amerikaner Internationale fügen, und versucht, ihren Eintritt in die Internationale zu unterstützen zu dem Zweck, den Textilarbeitern aller Länder vollste Löhne, kürzeste Arbeitszeit und die humansten und günstigsten Arbeitsbedingungen zu sichern.“

4. In bezug auf das im März 1926 von den 5 Mächten gemachte Abkommen, die Washingtoner Konvention (Arbeitszeit) betreffend, ist der Kongress der Meinung, daß jetzt kein triftiger Grund für eine weitere Verzögerung ihrer Annahme besteht. Er instruiert daher den Generalkomitee, alle Bemühungen, die die Regierungen der Länder im Sinne einer baldigen Annahme beeinflussen können, zu unterstützen.“

O g b e n-England: Wir sind am Ende des Kongresses angekommen, der auf einer hohen geistigen Stufe gestanden hat. Vom 1. bis zum 12. Kongress sei er immer dabei gewesen und müsse seine Freude darüber zum Ausdruck bringen. Es sei vieles besser geworden. Möge die geleistete Arbeit in alle Länder ausstrahlen, damit zu Hause erntet werden, daß gute Arbeit geleistet worden sei. Er dankte dann den belgischen Gewerkschaften, die sich viel Mühe gemacht hatten, um den Delegierten das Leben in Genf so freundlich wie möglich zu gestalten. Sie haben vorzüglich für den Kongress gesorgt. Er dankte dann noch dem Genossen S h a w für seine verdienstvolle Arbeit als internationaler Sekretär.

Serbo-Polen schließt darauf den Kongress.

Literatur.

Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie? Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, hat am 2. März d. J. im Volkshaus in Dresden vor einer Konferenz, die der Bezirksausschuß Sachsen des A.D.G.B. einberufen hatte, einen Vortrag gehalten, worin er als einen der wichtigsten Abschnitte über den Gewerkschaftskongress in Hamburg die Fortentwicklung der Debatte über die Wirtschaftsdemokratie bezeichnete. Der Gewerkschaftskongress in Breslau hatte die Verhandlungen über die Wirtschaftsdemokratie abgeschlossen, daß die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie erhoben wurde. Der Vortrag ist nicht in einer Broschüre bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, O. m. b. H., Berlin S 14, Infostr. 64, erschienen (Preis 30 Pf.) und ist allen, die sich vor dem diesjährigen Gewerkschaftskongress schon für die Frage der Fortsetzung der Debatte über Wirtschaftsdemokratie interessieren, angelegentlichst zu empfehlen.

Dr. med. Ludwig Sternheim, Sichere und vollständige Bekämpfung der Keuchhustenkrankheit. Preis 2 Mk. Bruno Wiltens Verlag in Bonnort. Die Keuchhusten- und Infektionszeit sowie der letzte schwere Keuchhustenstadium und die damit verbundenen Aufregungen haben die Bekämpfung der menschlichen Keuchhusten und Keuchen außerordentlich erschwerung. Es ist daher nur zu begrüßen, daß der bekannte Verfasser seine Erfahrungen während einer langjährigen Praxis zum Besten aller Leidenden veröffentlicht.

Der Kolleginnen zum Ausdruck kommt. Auf die Dauer dürfte dieser Zustand auch nicht ausdauerhaft sein.

Entscheidungen wurden nicht getroffen. Die Beschlußfassung über die vom Bundesvorstand unterbreitete Vorlage für den Hausfall des A.D.G.B. wie über die Frage der Vereinheitlichung der Prozessvertretung wird bis zur nächsten Bundesausschusssitzung vertagt. Beide Fragen werden inzwischen von den Bundesvorständen beraten.

Finanzierung der Bezirkssekretariate des A.D.G.B. in vollem Umfange vom Bunde aus erfolgen möge. Zurzeit wird rund eine Hälfte der Ausgaben der Bezirksausschüsse aus der Bundeskasse, die andere Hälfte aus Beiträgen der Ortsausschüsse bestritten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge wird allgemein anerkannt. Die Debatte bezieht sich nur auf das Ausmaß der Erhöhung. Es wird auch daran erinnert, daß in einem niedrigen Bundesbeitrag für wichtige Mitglieder eine geringere Entschädigung